

Medienmitteilung

Thema	Unerklärliche Ablehnung der ausgeglichenen 11. AHV-Revision
Für Rückfragen	Thomas Weibel, Tel. +41 78 602 13 57
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57 eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	1. Oktober 2010

Die Grünliberalen bedauern die Ablehnung der 11. AHV-Revision in der Schlussabstimmung im Nationalrat

Einsparungen von CHF 400 Mio. und die Angleichung des Frauenrentenalters waren die Hauptanliegen der heute vom Nationalrat abgelehnten Vorlage zu notwendigen Revision der AHV. Bundesrat Didier Burkhalter legte eine ausgewogene Kompromissvorlage mit einer Abfederung für tiefe Einkommen vor, die der grünliberale Nationalrat Thomas Weibel in der Ratsdebatte entscheidend mitprägte. Die unheilige Allianz von Links und Rechts gibt dem Politikalkül einmal mehr den Vorrang und verpasst die Chance auf einen ausgewogenen Kompromiss.

Die Grünliberalen setzen sich weiterhin für eine starke und finanziell gesunde AHV ein. Das wichtigste Sozialwerk der Schweiz muss weiterentwickelt und reformiert werden – dies mit sozialverträglichen Massnahmen, welche Vertrauen in der Bevölkerung schaffen. Die Grünliberalen stehen zu einem Ja zur Erhöhung der Rentenalter der Frauen. Das ist ein Gebot der Gleichberechtigung für Mann und Frau. Einsparungen müssen von allen mitgetragen werden: von den Frauen, der aktiv erwerbstätigen Generation und auch von Rentnern. Deshalb hat der grünliberale Nationalrat Thomas Weibel die Vorlage mit seinen Anträgen auf CHF 400 Mio. für die Flexibilisierung, finanziert durch AHV-Gelder statt aus Steuergeldern, entscheidend mitgeprägt.

Die 11. AHV-Revision sah vor, von den Einsparungen während 10 Jahren CHF 400 Mio. Franken für die Abfederung der Frühpensionierung zu verwenden. Damit hätte man jährlich CHF 510 Mio. gespart. Profitiert hätten alle Menschen mit einem Durchschnittseinkommen von unter CHF 61'560 Franken. Allen anderen wäre die Rente nach den versicherungstechnischen Regeln gekürzt worden – für zwei Jahre beispielsweise mit 10 Prozent. Am meisten profitiert hätten Menschen mit einem durchschnittlichen Einkommen von CHF 41'040 Franken. Ihnen wäre die Rente bei zwei Jahren Vorbezug nur um 4 Prozent gekürzt worden.

Bei der Flexibilisierung des Rentenalters lag also eine Lösung vor, welche sowohl den Realitäten des Arbeitsmarktes als auch der demographischen Entwicklung Rechnung trägt und auch finanzierbar ist.

Die Grünliberalen forderten einen echten Sparbeitrag und kein Giesskannenprinzip – beides hätte der angestrebte Beschluss erfüllt.

Die heutige Ablehnung löst das Problem nicht, sondern erhöht das Risiko für die AHV. Spätestens ab 2017 werden Defizite zu verbuchen sein, Defizite die sehr schnell wachsen werden. Die AHV wird leider finanziell im Hinblick auf die absehbar schwierigen Zeiten nicht gestärkt, wurde doch darauf verzichtet, 5 Milliarden anzusparen. Jegliche Flexibilisierung des Rentenalters durch Abfederungsmassnahmen ist mit diesem Entscheid vom Tisch.

Die unheilige Allianz von Links und Rechts lässt die Grünliberalen am echten Interesse der Polparteien an einer konstruktiven, sachorientierten Politik zweifeln.